

Presse-Information

Nr. 914

25. Februar 2009

Heute mit folgenden Themen:

- **Verkehrsunfälle: Senioren öfter Opfer als Verursacher**
- **Konjunkturpaket: Gehen kommunale Straßen leer aus?**
- **Nur 16 % aller Deutschen kennen EU-weite Notrufnummer 112**
- **Dudenhöffer: Abwrackprämien-Budget reicht bis Jahresende**
- „**Grüne Hauptstadt Europas**“ von EU-Umweltkommissar gekürt

Verkehrsunfälle: Senioren öfter Opfer als Verursacher

Bad Windsheim (ARCD) – Rund ein Fünftel der Bevölkerung in Deutschland ist heute über 65 Jahre alt. Senioren verursachen aber nur knapp 11 Prozent aller Verkehrsunfälle. Der Anteil der getöteten Senioren im Straßenverkehr ist dagegen höher als der Anteil an der Bevölkerung: Im Jahr 2007 waren unter den 45.070 verunglückten Senioren 1.153 Getötete (2,56 Prozent). Der Anteil der tödlich Verunglückten von insgesamt verunglückten 242.638 Personen betrug bei den 25 – 64-Jährigen hingegen „nur“ 1,04 Prozent. Dies geht aus einer jetzt vorgelegten Studie des Allianz-Zentrums für Technik (AZT) hervor. Zwei Drittel der getöteten Senioren sterben bei Verkehrsunfällen nicht hinter dem Steuer eines Kraftfahrzeugs, sondern als Mitfahrer, Radler oder Fußgänger, von den 25 – 64-Jährigen sterben bei Verkehrsunfällen nur ein Viertel. Senioren sind überwiegend bei Tage unfallgefährdet. In den eigentlich kritischen Fahrsituationen wie bei Nachtfahrten oder auf glatten, nassen Straßen verursachen Senioren laut Studie weniger Unfälle als jüngere Fahrer. Das Vorurteil, dass ältere Fahrer eher als Geisterfahrer unterwegs sind oder einen Herzinfarkt am Steuer erleiden, bestätigte die AZT-Untersuchung übrigens nicht. Das kalendarische Alter ist aus Sicht der Forscher noch kein ausreichender Grund, die bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen für die Fahreignung von Senioren zu ändern. „Ältere Verkehrsteilnehmer sind eher Opfer denn Verursacher von Unfällen“, lautet ihr Resümee. Eine restriktive Handhabung der Fahrerlaubnis für Ältere z.B. durch Zwangstests trage kaum dazu bei, die Verkehrssicherheit zu verbessern. Freiwillige ärztliche Untersuchungen, Mobilitätsberatungen und verbesserte Fahrassistentensysteme seien der bessere Weg, empfehlen die Experten. **ARCD**

Konjunkturpaket: Gehen kommunale Straßen leer aus?

Bad Windsheim (ARCD) – Zwei Milliarden Euro zusätzliche Investitionsmittel für die Verkehrswägen beschert das am vergangenen Freitag vom Bundesrat beschlossene Konjunkturpaket II der Bundesregierung. Der Löwenanteil von 850 Mio. Euro geht in die Straße. Nach 44 Straßenprojekten aus dem ersten Konjunkturpaket kommen nunmehr etwa 20 neue Ortsumgehungen, Autobahnabschnitte und Bundesstraßen hinzu. In die Schiene fließen 700 Mio. Euro. 350 Mio. Euro erhalten die Wasserwege und mit 100 Millionen will Bundesverkehrsminister Tiefensee den Kombinierten Verkehr fördern. Damit stehen in den Jahren 2009 und 2010 jeweils rund 12 Milliarden Euro für den Ausbau und den Erhalt der Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung. Neben Lob für die geplanten Maßnahmen kommt von der Initiative für Verkehrsinfrastruktur Pro Mobilität Kritik. Es sei enttäuschend, dass ausgerechnet



Presse-Information

die teilweise maroden Kommunal- und Landesstraßen beim Konjunkturprogramm des Bundes außen vor bleiben, kritisiert deren Präsident Peter Fischer. Hier werde nur die Lärmsanierung gefördert. Fischer appelliert an die Länder, Kreise, Städte und Gemeinden, die Sanierung der Straßennetze durch eigene Konjunkturprogramme voranzutreiben. Er warnte davor, Investitionen für Straßen zu kürzen, um die Co-Finanzierung für Projekte, die der Bund mitfinanziert, zu schultern. Der Auto- und Reiseclub Deutschland (ARCD) ergänzt dies durch die Mahnung, dass durch den strengen und langen Winter im kommunalen und regionalen Straßennetz deutlich schlimmere Schäden zu erwarten sind als in den Jahren zuvor – was den Einsatz von deutlich mehr Mittel erfordert. **ARCD**

Nur 16 % aller Deutschen kennen EU-weite Notrufnummer 112

Bad Windsheim (ARCD) – Nach wie vor wissen 76 % aller europäischen Bürger nicht, welche Nummer ihnen im Notfall überall in Europa gratis zur Verfügung steht. In Deutschland waren sich gar nur 16 % der Befragten bewusst, dass ihnen die 112 in ganz Europa als Notrufnummer unschätzbare Dienste leisten kann. Dieses ernüchternde Ergebnis ergab die jüngste Eurobarometer-Umfrage zum Thema „112“ im Januar. Schuld daran sind laut Autoren der Studie fehlende nationale Kampagnen. 63 % der Befragten bedauerten, unzureichend informiert zu werden. In jenen Ländern, in denen 2008 Informations- und Medienkampagnen stattgefunden haben, hat sich der Wissensstand wesentlich verbessert. Etwa 58 % aller befragten Tschechen wussten auf Anhieb, dass die 112 EU-weit Hilfe bringt, ebenso wie 56 % aller Luxemburger und die Hälfte der befragten Polen. Immerhin 45 % der interviewten Europäer gaben an, die 112 als nationale Notrufnummer zu benutzen. Rund ein Drittel (29 %) aller Interviewpartner, die einen Notruf im Ausland via 112 getätigten hatten, gaben Verständigungsprobleme an. In 83 % aller Fälle trafen die Hilfsmannschaften dennoch rechtzeitig und am richtigen Ort ein, meist dank korrekter Ortsangabe, teils dank automatischer Anrufortung. Das von der EU-Kommission geforderte mehrsprachige Hilfsangebot am anderen Ende der Leitung hat sich noch nicht flächendeckend in der EU durchgesetzt. In Deutschland etwa kann jeder Anruf neben Deutsch auch in Englisch entgegengenommen werden. In Grenzgebieten werden zusätzlich die entsprechenden Sprachen der Nachbarländer angeboten. **ARCD**

Dudenhöffer: Abwrackprämien-Budget reicht bis Jahresende

Bad Windsheim (ARCD) – Autoexperte Prof. Ferdinand Dudenhöffer geht davon aus, dass das Budget für die Abwrackprämie bis zu ihrem Auslaufen am 31.12.2009 reicht. Dies erfuhr der Auto- und Reiseclub Deutschland (ARCD) auf Anfrage. Bisher sind laut Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA), die das Fördergeld verteilt, rund 120.000 Anträge (Stand: 25.02.2009) eingegangen. Die Anträge werden laut Bundeswirtschaftsministerium ab dem 2. März bearbeitet und beschieden, nachdem der Bundesrat am 20. Februar dem Konjunkturpaket II zustimmte. Ab dann muss das entwertete Original der Zulassungsberechtigung II (Fahrzeugbrief) statt einer Kopie eingereicht werden. Für vorher eingehende Anträge gilt das alte Verfahren, wie der ARCD in Berlin erfuhr. Dudenhöffer prognostiziert, dass durch die Abwrackprämie „etwa 150.000 zusätzliche Neuwagen in 2009 verkauft werden“. Er sieht ein „Prämienloch“ durch den Vorzieheffekt voraus, wonach zwei Drittel dieser Neuwagen als Umsatz- und Gewinnbringer im Jahr 2010 fehlen werden. Dem Ruf aus der Autobranche, dass nicht der Tag der Zulassung, sondern das Datum des Kaufvertrags wegen



Presse-Information

des Lieferzeitrisikos als Stichtag gelten soll, erteilte Dudenhöffer gegenüber dem ARCD eine Absage. Die Kaufdaten könnten willkürlich manipuliert werden. Die von der Bundesregierung propagierten „Umweltziele werden zu 100 Prozent nicht erreicht, denn die Abwrackprämie habe nichts mit Umwelt zu tun“, kritisiert der Experte. Das sei nur ein Label, das die Politiker an die Prämie geheftet hätten. Dieses Urteil teilen auch die deutschen Umweltverbände und die Grünen-Fraktion im Bundestag, die von einer „Nebelkerze“ spricht. Wie „absurd“ diese Förderung sei, verdeutlichte folgendes Beispiel: Mit der Prämie wäre es z.B. möglich, einen 3-Liter-VW-Lupo aus dem Jahr 1999 in die Schrottpresse zu geben und damit einen zeitweilig steuerbefreiten VW Touareg-Geländewagen inklusive Umweltprämie zu erwerben, der dreimal so viel CO2 ausstößt wie das verschrottete Fahrzeug. Nach Auffassung von Dudenhöffer werden auch die Konjunkturziele bei den Autobauern nicht erfüllt. Die Prämie „verkauft keinen Premium-Neuwagen und die werden gerade mal überwiegend in Deutschland gebaut“. Stattdessen verschlechtere sie die Margen der Premiumhersteller, die jetzt mit eigenen „Umweltpremien“ ins Rennen gehen müssen. Allerdings sei die Abwrackprämie, so Dudenhöffer ein großes Konjunkturprogramm für den Handel. **ARCD**

„Grüne Hauptstadt Europas“ von EU-Umweltkommissar gekürt

Bad Windsheim (ARCD) – Am 23. Februar vergab EU-Umweltkommissar Stavros Dimas in Brüssel erstmals den Preis für die „grünsten Städte“ Europas 2010 und 2011. Unter den Finalisten befanden sich mit Hamburg, Münster und Freiburg im Breisgau drei deutsche Städte, die im Rennen um den ersten Rang mit Amsterdam, Bristol und den skandinavischen Hauptstädten Kopenhagen, Oslo und Stockholm konkurrierten. Die Auszeichnung ging schließlich an Stockholm (2010) und Hamburg (2011). Unter die Lupe genommen wurden neben Abfallbewirtschaftung und Luft- und Lärmbelastung auch die Qualität der öffentlichen Verkehrsmittel, um eine Gesamtbilanz nachhaltiger Kommunalpolitik ziehen zu können. Näheres ist auf der Webseite

http://ec.europa.eu/environment/europeangreencapital/index_en.htm zu erfahren. Der am gleichen Tag verliehene Preis der Mobilitätswöche 2008 ging an jene Städte, die den größten Erfolg mit Sensibilisierungskampagnen und begleitenden Initiativen zum Umstieg vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel vorweisen konnten. Als Finalisten wurden Budapest, Almada und Zagreb aus den rund 2000 europäischen Städten ausgewählt, die im September 2008 an der Mobilitätswöche teilgenommen hatten. **ARCD**

